

## Niederschrift

über die 4. Sitzung des Rates der Stadt am Donnerstag, den 13.11.2014, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Armin Barg  
Ingrid Bartholomäus  
Simon Bornewasser  
Joachim Bötte  
Michael Dummer  
Petra Ebbinghaus  
Rolf Ebbinghaus  
Jutta Eifer  
Horst Enneper  
Jürgen Fischer  
Margot Grüterich  
Klaus Haselhoff  
Bernd-Eric Hoffmann  
Olaf Jung  
Rosemarie Kötter  
Ralf-Udo Krapp  
Dr. Axel Michalides  
Arnold Müller  
Heide Nahrgang  
Elisabeth Pech-Büttner  
Annette Pizzato  
Dr. Jörg Rieger  
Björn Rimroth  
Udo Schäfer  
Christoph Schlüter  
Sebastian Schlüter  
Rolf Schulte  
Dietmar Stark  
Klaus Steinmüller  
Gerd Uellenberg  
Peter Fritz Sebastian Ullmann  
Annette Verhees  
Christian Viebach  
Dejan Vujinovic  
Dr. Jörg Weber

von der Verwaltung

Ute Butz  
Julia Gottlieb  
Frank Nipken  
Regine Schmidt  
Ulrich Dippel

Sandra Hilverkus  
Burkhard Klein

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Ratsmitglieder

Maya Benicke	Bündnis 90 / Die Grünen
Ursula Brand	UWG
Dietmar Busch	CDU
Thomas Lorenz	CDU
Harald Weiss	CDU

### Tagesordnung:

#### (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 3. Sitzung des Rates der Stadt am 30.09.2014 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Änderung der Hauptsatzung BV/0060/2014
5. Unterbringung von Asylbewerbern BV/0063/2014
6. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW hier: Umbau des Pavillons der ehemaligen Grundschule Blumenstr./ Neustr. für die Unterbringung von Asylbewerbern BV/0054/2014
7. Umgestaltung von Schlossmacherplatz/ -passage (auch Antrag der FDP-Fraktion vom 29.10.2014) BV/0527/2013/7
8. Entwurf Jahresabschluss 2013, Weiterleitung zur Prüfung IV/0461/2014
9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0040/2014
10. Überplanmäßig bereitzustellenden Haushaltsmittel für das Fremdwassersanierungskonzept Uelfesammler BV/0061/2014
11. Anschaffung einer Diskussionsanlage BV/0057/2014
12. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
- 12.1. Rat der Kindertageseinrichtungen BV/0058/2014

12.2. Beirat für Abfallentsorgung

BV/0045/2014

13. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister auf die vorliegenden Tischvorlagen, bestehend aus der endgültig festgelegten Sitzordnung des Rates, einem Antrag von Herrn Ullmann zu TOP 4, einem Antrag der proNRW-Fraktion zu TOP 5, einer Anfrage der AL-Fraktion zu TOP 13 sowie der neuen Verwaltungsvorlage zu TOP 15 hin.

Des Weiteren bittet der Bürgermeister den nicht-öffentlichen Teil um den Punkt „Brücke Heide“ zu ergänzen, dessen Behandlung aufgrund aktueller Entwicklungen notwendig ist. Die Verwaltungsvorlage soll als neuer TOP 19 behandelt werden. Der Rat stimmt dem einvernehmlich zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

### **(Öffentlicher Teil)**

#### **1. Niederschrift über die 3. Sitzung des Rates der Stadt am 30.09.2014 (öffentlicher Teil)**

---

Herr Ebbinghaus regt an, in der Niederschrift zumindest bei den abwesenden Ratsmitgliedern die jeweilige Fraktionszugehörigkeit zu vermerken, damit das Abstimmungsverhalten rückblickend nachvollziehbar ist.

Der Bürgermeister sagt zu, diese Möglichkeit zu überprüfen.

Der Rat nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

#### **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

Der Bürgermeister informiert den Rat, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt hat, auf ein eigenes Fraktionsbüro zu verzichten und die dafür veranschlagten Haushaltsmittel somit nicht benötigt werden.

#### **3. Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

#### **4. Änderung der Hauptsatzung**

**BV/0060/2014**

---

Herr Ullmann erläutert seinen als Tischvorlage vorliegenden Antrag und spricht sich gegen die vorgeschlagene Änderung der Hauptsatzung aus. Seiner Meinung nach, wird dadurch weiterhin keine Rechtssicherheit geschaffen. Zudem müssen alle Mitglieder des Rates in der

Lage sein, sich umfassend über die gesamten Vorgänge in der Stadt zu informieren; dies ist durch den angestrebten Ausschluss vom Ältestenrat nicht mehr gegeben.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Verwaltung mit der vorgeschlagenen Änderung lediglich versucht hat, den Willen der Mehrheit des Rates aufzugreifen und zu formulieren. Nach Ansicht der Kommunalaufsicht hat der Ältestenrat mit dem Ausschluss von Herrn Ullmann nicht unzulässig gehandelt; es wurde aber darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung in der Hauptsatzung nicht klar genug definiert ist. Daher ist heute ein entsprechender Beschluss notwendig.

Nach Ansicht von Herrn Ullmann gibt weder die Hauptsatzung in der gegenwärtigen Form einen Ausschluss her noch die vorgeschlagene Änderung der Verwaltung. Er teilt mit, dass kurzfristig 70 Unterschriften von Bürgern gesammelt worden sind, die sich für die Öffentlichkeit des Ältestenrates ausgesprochen haben.

Der Bürgermeister verweist auf das Schreiben der Kommunalaufsicht und führt an, dass die Änderung der Hauptsatzung von dort in der Form vorgeschlagen und empfohlen wurde.

Frau Pech-Büttner spricht sich ebenfalls für die Öffentlichkeit des Ältestenrates aus.

Herr Ebbinghaus macht klar, dass sich die AL-Fraktion zwar grundsätzlich für Transparenz und Öffentlichkeit ausspricht, der Ältestenrat aber kein reguläres Beschlussgremium ist, sondern in diesen Sitzungen nur Vorbesprechungen zwischen den im Rat vertretenen Fraktionen stattfinden werden um über formale Fragen etc. vorab eine Einigung zu erzielen. Er schätzt die Rechtssituation so ein, als dass für die Kommunalaufsicht die Entscheidung beim Rat selbst liegt. Es ist für ihn allerdings nicht nachvollziehbar, warum ein Ratsmitglied von den Sitzungen ausgeschlossen werden soll, aber im Nachgang ein entsprechendes Sitzungsprotokoll erhält.

Der Bürgermeister bestätigt die Aussage von Herrn Ebbinghaus, dass die Kommunalaufsicht den Rat in der Zuständigkeit einer Entscheidung sieht.

Es folgt nun zunächst die Abstimmung über Punkt 1 des Antrags von Herrn Ullmann.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Hauptsatzung der Stadt Radevormwald wie folgt zu ändern:

In § 8a „Ältestenrat“ wird (2) durch folgenden Satz ergänzt:

„Der Ältestenrat tagt in der Regel öffentlich.“

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	3 Ja-Stimmen	(2 Grüne, Ullmann)
	33 Nein-Stimmen	(12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 3 AL, 2 FDP, 2 proNRW, Haselhoff, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über Punkt 2 des Antrags von Herrn Ullmann.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Hauptsatzung der Stadt Radevormwald wie folgt zu ändern:

In § 8a „Ältestenrat“ wird (2) durch folgenden Satz ergänzt:

„Stadtverordnete mit und ohne Zugehörigkeit zu einer Fraktion können dem Ältestenrat als Zuhörer beiwohnen.“

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen (3 AL, 2 Grüne, Ullmann und Haselhoff)  
29 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Hauptsatzung der Stadt Radevormwald wie folgt zu ändern:

In § 8 a „Ältestenrat“ wird in Abs. 2 der dritte Satz gestrichen. An dessen Stelle tritt der Satz „Die Sitzungen des Ältestenrates sind nichtöffentlich“.

**Abstimmungsergebnis:** 29 Ja-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)  
7 Nein-Stimmen (3 AL, 2 Grüne, Ullmann und Haselhoff)

**5. Unterbringung von Asylbewerbern**

**BV/0063/2014**

Herr Schäfer erläutert den als Tischvorlage vorliegenden Antrag der proNRW-Fraktion.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt der Bürgermeister, dass der Ratsbürgerentscheid ein neues Instrument der Gemeindeordnung ist; hierbei gibt der Rat die Entscheidung über eine Angelegenheit an die Bürger ab.

Frau Ebbinghaus spricht sich für die Unterbringung der Asylanten in Stadtnähe sowie in kleineren Wohneinheiten aus.

Herr Ullmann sieht das Problem in der Dringlichkeit der Entscheidung. Derzeit stehen keine anderen Ressourcen bzw. Alternativen zur Verfügung. Er hält eine zentrale Unterbringung der Asylanten für keine gute Lösung und wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

Herr Bornewasser schließt sich den Ausführungen von Frau Ebbinghaus und Herrn Ullmann grundsätzlich an. Da aber aufgrund der Dringlichkeit keine andere Alternative besteht, wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass die UWG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls zustimmen wird. Er macht aber darauf aufmerksam, dass neben der Unterbringung der Asylanten auch der soziale Aspekt, z.B. die entsprechende notwendige Betreuung, berücksichtigt werden muss und bittet die Verwaltung, in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration auch über die dafür benötigten Kosten zu informieren.

Herr Ebbinghaus gibt an, dass die AL-Fraktion zukünftig darauf hinwirken will, nach nachhaltigeren Lösungen zu suchen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung ist nicht sehr sinnvoll, da zum einen viele bauliche Maßnahmen notwendig sind und auch die große An-

zahl der dort unterzubringenden Menschen zu Konflikten führen kann. Die AL-Fraktion fordert, dass nach weiteren Alternativen gesucht wird. Seiner Meinung nach sollte heute noch keine abschließende Entscheidung getroffen werden, sondern in einem kurzfristig einzuberufenden Arbeitskreis bis zur nächsten Ratssitzung nach anderen Möglichkeiten gesucht werden.

Frau Pizzato führt aus, dass die FDP-Fraktion die Situation ähnlich wie die AL-Fraktion sieht. Sie weist darauf hin, dass genügend andere, auch städtische, Immobilien zur Verfügung stehen und äußert Bedenken, dass es bei der angedachten Lösung zu einer Ghettoisierung kommen könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Bornewasser teilt der Bürgermeister mit, dass nicht vorgesehen ist, die bis dato bereits untergebrachten Asylanten in das Gebäude Neustraße zu verlegen.

Frau Butz teilt auf Nachfrage mit, dass derzeit 8 Zuweisungen im Monat vorliegen. Betreut werden aktuell 92 Personen, von denen aber nur 66 als Zuweisungen angerechnet werden, da bei den Übrigen das Asylverfahren abgeschlossen ist und diese entweder ein Bleiberecht bekommen haben oder noch nicht abgeschoben worden sind. Sie betont, dass für die Integration der Menschen eine Unterbringung in einer einzelnen Einheit förderlich ist und macht klar, dass keine dauerhafte Belegung der Asylunterkunft angestrebt ist. Sobald ein Asylverfahren abgeschlossen ist, werden die Menschen dabei unterstützt, eine eigene Wohnung zu beziehen.

Der Bürgermeister stellt deutlich heraus, dass die Verpflichtung besteht, den Menschen, die größtenteils traumatische Erlebnisse hatten, eine schnellstmögliche Hilfe zu bieten. Die Suche nach anderen Alternativen war ergebnislos und ist in umfassenderer Weise aufgrund der enormen Dringlichkeit nicht möglich. Er räumt zwar ein, dass die Bedenken nachvollziehbar sind, macht aber klar, dass dies in ganz Deutschland ein Problem darstellt.

Herr Stark dankt dem Bürgermeister für die Ausführungen. Er ist eigentlich davon ausgegangen, dass die derzeitige Lage bekannt ist und appelliert an den Rat, schnellstmöglich zu handeln.

Herr Hoffmann stimmt dem zu, ist aber der Meinung, dass im Nachgang fraktionsübergreifend überlegt werden muss, wie die Integration nachhaltig sichergestellt und vorangetrieben werden kann.

Frau Pech-Büttner stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste (vgl. § 13 Abs.1 b).

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Herren Viebach und Ebbinghaus noch auf der Rednerliste stehen.

Herr Viebach stellt fest, dass die heutigen Diskussionen die gegenwärtig bekannte Situation nicht widerspiegeln. Er plädiert dafür, dass der Rat an dieser Stelle mutig handeln muss und derzeit keine andere Möglichkeit für eine Unterbringung besteht.

Herr Ebbinghaus macht noch einmal eingehend deutlich, dass für die Unterbringung der Asylbewerber in dem Gebäude Neustraße einige bauliche Maßnahmen vorgenommen werden müssen, obwohl es auch andere nutzbare Gebäude gibt, wo dies nicht notwendig ist. Dies ist auch im Hinblick auf die vorgebrachte Dringlichkeit zu berücksichtigen.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der proNRW-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung – alternativ zur ehemaligen Grundschule Blumenstraße – in peripheren Lagen (beispielsweise im Gewerbegebiet) mögliche Standorte für Wohncontainer zur Unterbringung von Asylbewerbern ausfindig zu machen.
2. Die Vorschläge der Verwaltung werden zum Gegenstand einer Abstimmung auf dem Wege eines Ratsbürgerentscheids.

**Abstimmungsergebnis:** 2 Ja-Stimmen (2 proNRW)  
 34 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 3 AL, 2 Grüne, 2 FDP, Ullmann, Haselhoff und Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt beschließt, das Gebäude Neustraße am Standort der ehem. GGS Blumenstraße als Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern zu nutzen und beauftragt die Verwaltung, Angebote entsprechend den Vorgaben der städtischen Vergabeordnung einzuholen sowie entsprechende Aufträge für die Ertüchtigung zur Gemeinschaftsunterkunft zu vergeben.
2. Der Rat der Stadt beschließt, den haushaltsrechtlichen Sperrvermerk bei Inv.-Projekt 5.000.350 für den Erwerb einer Asylbewerberunterkunft aufzuheben und diese Mittel in Höhe von 240.000 € für den Umbau der Gebäude Neustr. 3 u. 5 in eine Asylbewerberunterkunft bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 30 Ja-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 2 Grüne, 2 FDP, Haselhoff und Bürgermeister)  
 6 Enthaltungen (3 AL, 2 proNRW und Ullmann)

**6. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW hier: Umbau des Pavillons der ehemaligen Grundschule Blumenstr./ Neustr. für die Unterbringung von Asylbewerbern** **BV/0054/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2014 über die überplanmäßige Investitions-Auszahlung im Bezug auf den Umbau des Pavillons der ehemaligen Grundschule Blumenstr./ Neustr. zur Unterbringung von Asylbewerbern für das Haushaltsjahr 2014.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig



**7. Umgestaltung von Schlossmacherplatz/ -passage (auch BV/0527/2013/7 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.10.2014)**

---

Herr Viebach erklärt, dass die SPD- und die CDU-Fraktion beantragen, die Abschnitte A, B und C gemeinsam auszuschreiben und mögliche Mehrkosten aus der Gesamtmaßnahme zu finanzieren, wobei die veranschlagten Mittel für den Kreisverkehr nicht zur Kompensation herangezogen werden sollen. Zudem bittet er Frau Gottlieb um Auskunft, welche Auswirkungen mögliche Mehrkosten auf die Förderung durch die Bezirksregierung haben.

Herr Ebbinghaus führt an, dass die AL-Fraktion sich ebenfalls für eine Ausschreibung der kompletten Maßnahme ausspricht. Ebenso wird auch die Finanzierung von möglichen Mehrkosten aus der Gesamtmaßnahme befürwortet, allerdings ohne Ausschluss der Kompensation durch die Maßnahme des Kreisverkehrs.

Frau Gottlieb gibt an, dass eine aktuelle telefonische Kontaktaufnahme mit der Bezirksregierung stattgefunden hat. Diese teilte mit, dass bei eventuellen Mehrkosten, diese aus den für das gesamte Projekt zur Verfügung stehenden Mitteln kompensiert werden müssen. Sobald das Submissionsergebnis vorliegt, kann - wenn erforderlich - eine erneute Rücksprache mit der Bezirksregierung erfolgen.

Der Bürgermeister erklärt bezugnehmend auf die Wortmeldung von Herrn Viebach, dass das politische Signal der SPD- und CDU, den Kreisverkehr nicht zur Gegenfinanzierung von evtl. auftretenden Mehrkosten heranzuziehen, von der Mehrheit des Rates zur Kenntnis genommen wird.

Herr Viebach weist darauf hin, dass er im Beschluss eine Absichtserklärung des Rates festhalten lassen möchte, wonach zur Gegenfinanzierung zunächst die Maßnahmen „Grünflächen Burgstraße und Parc de Châteaubriant“ herangezogen werden sollen.

Diesbezüglich erläutert Frau Gottlieb, dass diese Maßnahmen u.a. Bestandteil des letzten Förderantrags von August diesen Jahres sind und sich daher derzeit erst in der Bewilligung befinden. Aufgrund dessen können diese bisher noch nicht bewilligten Maßnahmen nicht Gegenstand eines Beschlusses bzgl. einer Gegenfinanzierung werden. Dieses wurde von der Bezirksregierung im o.g. Telefonat deutlich herausgestellt. Frau Gottlieb informiert des Weiteren, dass die „Neuordnungsbereiche“ sich ebenso noch in der Bewilligung befinden und hinsichtlich einer evtl. erforderlichen Kompensation innerhalb der Gesamtmaßnahme auch diese Bausteine betrachtet werden sollten. Welche Bausteine/Maßnahmen für eine Gegenfinanzierung von evtl. auftretenden Mehrkosten herangezogen werden können, ist im Falle einer Überschreitung des Haushaltsansatzes mit dem Fördergeber abzuklären.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus gibt Frau Gottlieb an, dass sich zu jeder Sitzung des Bauausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt eine aktuelle Liste/Übersicht in den Sitzungsunterlagen befindet, die u.a. einen Überblick hinsichtlich der beantragten/ bewilligten Kosten bzgl. der einzelnen Maßnahmengruppen/Maßnahmen sowie der verausgabten Mittel gibt.

Aufgrund der Ausführungen von Frau Gottlieb bittet Herr Viebach um Abstimmung über eine Absichtserklärung, wonach bei Überschreitung der veranschlagten Haushaltsmittel, die Mehrkosten aus der Gesamtmaßnahme heraus zu kompensieren sind, wobei der Kreisverkehr jedoch nicht zur Gegenfinanzierung herangezogen werden soll.

Zunächst folgt die Abstimmung über die gemeinsame Ausschreibung aller Abschnitte.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen die Abschnitte A, B und C für die Umgestaltung des Schloßmacherplatzes gemeinsam auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Nun folgt die von Herrn Viebach gewünschte Abstimmung über die Absichtserklärung des Rates.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt erklärt die Absicht, dass bei Überschreitung der veranschlagten Haushaltsmittel, die Mehrkosten aus der Gesamtmaßnahme heraus zu kompensieren sind, wobei der Kreisverkehr nicht zur Gegenfinanzierung herangezogen werden soll.

**Abstimmungsergebnis:** 23 Ja-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, Haselhoff und Bürgermeister)  
13 Nein-Stimmen (3 AL, 3 UWG, 2 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW und Ullmann)

---

**8. Entwurf Jahresabschluss 2013, Weiterleitung zur Prüfung IV/0461/2014**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Rat der Stadt nimmt den Entwurf der Schlussbilanz 2013 und die Ergebnisrechnung zur Kenntnis.

---

**9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0040/2014**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste zur Kenntnis.

---

**10. Überplanmäßig bereitzustellenden Haushaltsmittel für das Fremdwassersanierungskonzept Uelfesammler BV/0061/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat stellt gemäß § 83 GO überplanmäßig im Produkt 1.11.03.04, Konto 529100 65.000 € für die Sanierung der privaten Grundstücksleitungen im Bereich des Fremdwassersanierungskonzeptes Uelfesammler bereit.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**11. Anschaffung einer Diskussionsanlage****BV/0057/2014**

Herr Dr. Michalides kann nicht verstehen, warum eine erst 12 Jahre Diskussionsanlage ausgetauscht werden muss; er schlägt vor, die gegenwärtige Anlage reparieren zu lassen. Die AL-Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag demnach nicht zustimmen.

Der Bürgermeister gibt an, dass die Anlage bereits mehrfach repariert worden ist. Er macht deutlich, dass die Anschaffung der Anlage nicht im Interesse der Verwaltung sondern des Rates liegt.

Auf Nachfrage von Herrn Ullmann erklärt Herr Nipken, dass die Ersatzbeschaffung des Geländewagens, die zur Gegenfinanzierung der Diskussionsanlage herangezogen werden soll, entgegen der Planung in diesem Jahr noch nicht notwendig war; die Anschaffung ist für das nächste Haushaltsjahr geplant.

Herr Barg stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Michalides zu. Zudem kann er nicht nachvollziehen, inwiefern eine Aufstockung der Sprechstellen notwendig ist, obwohl sich die Zahl der Ratsmitglieder vermindert hat.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Ausschreibungsverfahren für eine neue Diskussionsanlage mit 25 Sprechstellen durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	32 Ja-Stimmen	(12 CDU, 9 SPD, 2 UWG, 2 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Ullmann, Haselhoff und Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(3 AL)
	1 Enthaltung	(1 UWG)

**12. Besetzung von Ausschüssen und Gremien**

Der Bürgermeister informiert den Rat, dass das Amtsgericht Wipperfürth mitgeteilt hat, dass Herr Dr. Lührs nicht mehr als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss zur Verfügung steht und Herr Andreas Türpe zum neuen stellvertretenden beratenden Mitglied bestellt werden soll.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt Herrn Türpe als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss anstelle von Herrn Lührs.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Auf Antrag von Herrn Dr. Rieger benennt der Rat der Stadt, Herrn Harald Angermaier (Stadt-sportverband) als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Sport, Soziales und Integration und Herrn Jörg Becker (Stadt-sportverband) als Vertreter.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen benennt der Rat der Stadt Herrn Simon Bornewasser als Mitglied des Schulausschusses und Frau Maya Benicke als Vertreterin.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**12.1. Rat der Kindertageseinrichtungen****BV/0058/2014**

---

Der Bürgermeister führt an, dass bisher die beiden großen Fraktionen CDU und SPD jeweils ein ordentliches Mitglied und einen Vertreter für die beiden Räte der städtischen Kindertageseinrichtungen benannt haben.

Herr Viebach schlägt für die CDU-Fraktion vor, für den Rat der Kindertageseinrichtung Wupper Frau Saskia Ruckebier als ordentliches Mitglied und Herrn Dejan Vujinovic als Vertreter und für den Rat der Kindertageseinrichtung Sprungbrett Frau Irmgard Lunderstädt als ordentliches Mitglied und Herrn Dr. Jörg Weber als Vertreter zu benennen.

Frau Grüterich schlägt für die SPD-Fraktion vor, für den Rat der Kindertageseinrichtung Wupper Frau Annette Verhees als ordentliches Mitglied und Frau Sigrid Augst-Hedderich als Vertreterin und für den Rat der Kindertageseinrichtung Sprungbrett Herrn Björn Rimroth als ordentliches Mitglied und Frau Ivonne Kepp als Vertreterin zu benennen.

**Beschluss:**

Für den Rat der Kindertageseinrichtung Wupper werden benannt

Mitglied:	Vertreter:
Saskia Ruckebier (CDU)	Dejan Vujinovic (CDU)
Mitglied:	Vertreterin:
Annette Verhees (SPD)	Sigrid Augst-Hedderich (SPD)

Für die Kindertageseinrichtung Sprungbrett werden benannt

Mitglied:	Vertreter:
Irmgard Lunderstädt (CDU)	Dr. Jörg Weber (CDU)
Mitglied:	Vertreterin:
Björn Rimroth (SPD)	Ivonne Kepp (SPD)

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**12.2. Beirat für Abfallentsorgung****BV/0045/2014**

---

Herr Dr. Michalides möchte wissen, ob die unterschiedliche Stimmgewichtung in diesem Gremium zulässig ist.

Herr Nipken führt aus, dass für die zugrunde liegende Geschäftsordnung des BAV die Genehmigung der Bezirksregierung vorliegt.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, folgende von den Fraktionen vorgeschlagenen Ratsmitglieder als ordentliche bzw. stellvertretende Beiratsmitglieder in den Beirat für Abfallentsorgung in der Stadt Radevormwald zu entsenden:

CDU:	Christian Viebach	pers. Vertretung: Ralf-Udo Krapp
SPD:	Dietmar Stark	pers. Vertretung: Margot Grüterich
UWG:	Klaus Steinmüller	pers. Vertretung: Bernd-Eric Hoffmann
AL:	Rolf Ebbinghaus	pers. Vertretung: Dr. Axel Michalides
Bündnis 90/Die Grünen:	Simon Bornewasser	pers. Vertretung: Elisabeth Pech-Büttner
FDP:	Jutta Eifer	pers. Vertretung: Annette Pizzato
proNRW:	Udo Schäfer	pers. Vertretung: Joachim Bötte

von der Verwaltung: Frank Nipken

pers. Vertretung: Volker Uellenberg

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**13. Mitteilungen und Fragen**

---

a) Der Bürgermeister erklärt, dass heute keine Beantwortung der als Tischvorlage vorliegenden Anfrage der AL-Fraktion erfolgen kann und dem Protokoll beigelegt wird. (siehe Anlage)

b) Auf Nachfrage von Frau Bartholomäus teilt der Bürgermeister mit, dass die Terminvergabe der Rentenberatungsgespräche über die Zentrale der Verwaltung zukünftig abgewickelt wird.

c) Herr Nipken gibt an, dass es im Bereich der Zweitwohnsteuer bisher zu zwei Klageverfahren gekommen ist, die nach mündlicher Verhandlung zurückgezogen worden sind. Das Gericht hat allerdings dringend angeraten die Satzung dahingehend zu ändern, die Steuerbefreiung aus beruflichen Gründen zu streichen, da dies gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt; eine entsprechende Verwaltungsvorlage wird in der nächsten Ratssitzung eingebracht.

Ende des öffentlichen Teils: 17.30 Uhr

Dr. Josef Korsten  
Vorsitzender

Vanessa Jäger  
Schriftführer